

VISITENKARTE

Stand: Juni 2018

Vorbemerkung

Der Ökumenische Arbeitskreis Asyl Ludwigsburg Stadt versteht sich als Dach über den Arbeits- und Freundeskreisen der ehrenamtlichen Asylarbeit in der Stadt Ludwigsburg mit ihren Vororten. Wir treffen uns alle zwei Monate. Lange Zeit waren die Treffen im Bischof-Sproll-Haus in der Schorndorfer Straße 31. In Zukunft werden sie im Gemeindesaal der Erlöserkirche in der Osterholzallee 51 sein. Außer den VertreterInnen der einzelnen Arbeitskreise im Stadtgebiet sind bei unseren Treffen als ständige Gäste auch die Stadt Ludwigsburg, das Landratsamt und die AWO vertreten.

Im ganzen Landkreis haben sich (das Stadtgebiet inklusive) in den letzten drei Jahren nach dem Motto, wo Flüchtlinge hin kommen, bilden sich auch Freundeskreise, über 50 neue Arbeitskreise gebildet. Ihre Belange werden vom Ökumenischen Forum Asyl vertreten, für dessen Organisation von der Caritas und der Diakonie eine Ökumenische Fachstelle Asyl geschaffen worden ist. Die beiden hauptamtlich tätigen Mitarbeiterinnen, die diese Fachstelle managen, sind zurzeit gleichzeitig im Leitungsteam des Ökumenischen Arbeitskreises Ludwigsburg Stadt.

Ein paar Zahlen und Fakten zur Flüchtlingssituation

Wenn man die Flüchtlingszahlen betrachtet, ist es sinnvoll, die Relationen zwischen Bund, Land und Kommune zu kennen. Die Zahlen für die gesamte Bundesrepublik, nehmen wir an, es kommen 100.000 Personen, wären 100 Prozent. Nach dem Königsteiner Schlüssel bekommt Baden-Württemberg davon (knapp) 13 Prozent, das wären in unserem Beispiel 13.000 Personen. Dem Landkreis Ludwigsburg werden von diesen 13.000 wiederum etwa sechs Prozent zugewiesen, das wären dann 780 Personen (= 0,78 % von denen, die der Bund aufgenommen hat).

Nach Baden-Württemberg kamen 2015 noch 98.000 Flüchtlinge (die aber nicht alle zu diesen 13 Prozent gehörten, sondern zum Teil noch in andere Bundesländer vermittelt wurden). Im Jahr 2017 kamen 16.000 (das wären im Bund 123.000), das heißt (erst einmal ganz grob!) für den Landkreis zurzeit 1.000 Flüchtlinge pro Jahr.

Wenn die Zahlen in den folgenden Absätzen höher erscheinen, als dem soeben Gesagten entspricht, so hat das seinen Grund hauptsächlich darin, dass der Landkreis mit der Aufnahme von Flüchtlingen nicht immer auf der Höhe seiner Verpflichtungen war und nachholen muss, und außerdem darin, dass eben die früher Angekommenen nun, nach zwei Jahren, anschlussuntergebracht werden müssen.

Die Stadt hat am 1. Juni 2018 Jahr mitgeteilt, dass in der vorläufigen Unterkunft im Stadtgebiet 580 Personen in 28 Unterkünten untergebracht seien, außerdem 390 Personen in der Anschlussunterbringung in 111 Unterkünten. Dazu kommen noch 124 sogenannte UMAs (das sind Unbegleitete minderjährige Asylsuchende, einschließlich der 18-Jährigen), die von der Kreisjugendhilfe betreut werden. Sie leben in 39 verschiedenen Unterkünten. Insgesamt waren also Mitte Mai 2018, vorläufige Unterbringung und Anschlussunterbringung zusammen gerechnet, im Stadtgebiet 1094 Flüchtlinge in insgesamt 178 Unterkünten untergebracht. (Damit kommt in Ludwigsburg auf etwa 85 Einwohner 1 Asylsuchender!)

Die Unterbringung von Flüchtlingen hier in der Stadt wird erst einmal nicht leichter werden, denn der Übergang von der vorläufigen in die Anschlussunterbringung muss bewältigt werden. Es werden deswegen Überlegungen angestellt, wie das geschehen kann: Wohnungen anmieten, städtische Wohnungen zur Verfügung stellen, Kapazitäten der Wohnungsbau Ludwigsburg nutzen, Wohnungen vom Landkreis übernehmen, aber eben auch neue Wohnungen (in Leichtbauweise) bauen.

Am 12. Juni 2018 hat das Landratsamt mitgeteilt, dass im gesamten Landkreis Ludwigsburg 2.700 Personen in den Gemeinschaftsunterkünten leben (Stand Ende Mai), davon 541 im Stadtgebiet (was sich mit den Angaben der Stadt, siehe oben, einigermaßen gut verträgt). Die Angaben des Landratsamts beziehen sich nur auf die vorläufige Unterbringung. Die Relation zur Anschlussunterbringung dürfte aber ähnlich sein wie in der Stadt.

Wir alle wissen, die Flüchtlingszahlen waren 2015 und 2016 sprunghaft angestiegen, so dass viele Asylsuchende zuerst einmal in Notunterkünften wie zum Beispiel Turnhallen untergebracht werden mussten. Inzwischen haben sich die Verhältnisse wieder geändert. Schon seit März 2016, nachdem die sogenannte Balkanroute geschlossen war, gingen die Zahlen deutlich zurück. Die Grafik der statistischen Werte dieser Vorgänge ähnelt einem Zuckerhut: Die Kurve geht im Herbst 2015 steil und hoch nach oben und flacht im März 2016 jäh wieder ab. Laut Bundesinnenministerium wurden 2015 rund 890.000 Asylsuchende registriert, 2016 noch 280.000 und im Jahr 2017 noch 186.644 (was unter der Zahl von 2014 liegt, die mit 202.834 angegeben wird).

Die Probleme haben sich jedoch verschoben. Die vorläufige Unterbringung der Flüchtlinge macht zurzeit weniger Sorgen (nicht nur, weil jetzt wieder weniger Menschen zu uns kommen, sondern auch, weil inzwischen Flüchtlingsunterkünfte gebaut worden sind und auch noch gebaut werden). Die große neue Sorge liegt in der Anschlussunterbringung und der Integration der Flüchtlinge, die bei uns bleiben. Die Anschlussunterbringung wird nach Abschluss des Asylverfahrens vollzogen, spätestens aber nach 24 Monaten Aufenthalt in der Vorläufigen Unterbringung der Gemeinschaftsunterkünfte von Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg.

Eine gelungene Integration setzt die Beherrschung der deutschen Sprache und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt voraus, was beides Herkulesaufgaben sind.

Um die Integration zu befördern, gibt es neue Maßnahmen. So hat das Land mit den Kommunen einen Pakt für Integration geschlossen, nach dem die Kommunen Gelder für weitere Stellen in der Sozialarbeit abrufen können, zum Beispiel für IntegrationsmanagerInnen.

Europa insgesamt, auch das wissen wir alle, nimmt nicht viele Flüchtlinge auf. Es gibt das Stichwort von der "Festung Europa". Mit der Hilfe von Frontex schützen wir uns vor "illegalen Einwanderern", wie Flüchtlinge oft abfällig genannt werden. Viele europäische Länder sind nicht einmal bereit, Italien und Griechenland, wo die meisten Flüchtlinge ankommen, solidarisch beizustehen und Flüchtlinge zu übernehmen. Das Dublin-Abkommen (siehe unten) tut das Seine zu der Misere. Es ist für viele Flüchtlinge eine Bedrohung.

Zur Zeit der Abfassung dieses Updates streiten die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihr Innenminister Horst Seehofer (CSU) darüber, ob die Asyl- und Flüchtlingspolitik nicht am besten europäisch, und damit vielleicht ein bisschen liberaler, oder national, streng konservativ bis extrem rechts, gestaltet werden soll.

Herkunftsländer der Asylsuchenden

Ganz aktuell sieht die Lage so aus: In diesem Jahr 2018 kamen laut "Statista" nach Deutschland, gerechnet bis März, AsylbewerberInnen aus diesen Ländern: Syrien 9.716, Irak 4.365, Nigeria 2.706, Afghanistan 2.476, Iran 2015, Türkei 1.982, Georgien 1.771, Eritrea 1.612, Somalia 1.496, ungeklärte Fälle 1.067. Natürlich gibt es auch andere Herkunftsländer, die sich in dieser Momentaufnahme nicht zeigen: Pakistan, Indien, China zum Beispiel, auch andere afrikanische Länder oder Länder der Russischen Föderation. Flüchtlinge vom Balkan kommen so gut wie keine mehr, weil sie wegen unserer restriktiven Regelungen keine Chance mehr haben, bleiben zu dürfen. Nicht einmal die Roma, die in ihren Herkunftsländern in schlimmer Weise diskriminiert werden, obwohl von ihnen viele gut Deutsch sprechen und von deutschen Wirtschaftsbetrieben dringend gebraucht werden könnten. Es fehlt diesbezüglich ein echtes Einwanderungsgesetz. Die Länder des Balkans gelten als sogenannte sichere Herkunftsländer. Was Georgien angeht, so dürfte sich der Trend wieder umkehren, wenn die Visa-Freiheit, die vorübergehend gewährt worden ist, wieder rückgängig gemacht wird. Aus der Türkei haben wir verstärkt Flüchtlinge seit Juni 2017. Sie haben Angst und suchen Schutz vor Erdogan. Ihre Angst bringen sie übrigens nach Deutschland mit.

Die Liste der häufigsten Herkunftsländer für Baden-Württemberg sieht ein bisschen anders aus als für Gesamtdeutschland: Syrien, Gambia, Irak, Afghanistan, Nigeria, Eritrea, Somalia, Türkei, andere. Gambia ist dabei, weil fast alle Personen aus Gambia auf unser Bundesland verteilt werden. Seit dem Juni 2017 kommen allerdings nur noch wenige, weil sich die politischen Verhältnisse in Gambia verändert haben: Die Schreckensherrschaft von Yahya Jammeh ist zu Ende. (Der neue Präsident ist Adama Barrow.)

Wie geht es den Asylsuchenden in den Unterkünften?

Unsere Asylbewerber und Asylbewerberinnen – wir sprechen heute nicht mehr von "Asylanten", weil das Wort in den neunziger Jahren einen abfälligen Beigeschmack bekommen hat – sind oft sehr tüchtige Menschen, diejenigen nämlich, die es "geschafft" haben. Es geht ihnen hier erst einmal relativ gut, indem sie für den Augenblick sicher sind, indem sie ein Dach über dem Kopf haben und ihnen in Form von staatlichen Leistungen ein Minimum auch an materieller Sicherheit garantiert ist. – ABER: Es gibt schwerwiegende bedrückende Faktoren, oft auch solche, die man nicht auf den ersten Blick erkennt:

Sehr viele Asylsuchende sind traumatisiert: Sie leben von ihren Leuten, von ihrer Familie getrennt und leiden unter Heimweh. Sie sind heimatlos, haben oft schreckliche Fluchterfahrungen. Sie kommen aus Zuständen der Repression oder des Krieges, haben unvorstellbare Verluste erlitten, sind vielleicht beschnitten worden oder drohte ihnen Beschneidung, haben Mord und Totschlag erlebt, sind gefoltert worden. Auch grenzenlose Armut sowie Diskriminierung verletzt die Seelen.

Sie alle leben hier in der Fremde: Sie werden bei uns, wo sie Schutz suchen, häufig gering geachtet. Sie sind zwar nicht rechtlos, aber die meisten doch, oft auch behördlicherseits, unerwünscht, sie kennen die Sprache nicht, verstehen nicht einmal, was die Behörden oder die Gerichte ihnen schreiben, sie können sich uns gegenüber nicht ausdrücken, sie leben ghettoisiert.

Sie leben unter unwürdigen Bedingungen: zu eng zusammengepfercht, immer mit einer fremden Person oder mit mehreren in dem einzigen Zimmer, das ihnen zugewiesen ist, und damit ohne Privatsphäre, und unter zum Teil wirklich katastrophalen hygienischen Verhältnissen, die sich schon aus dem Mangel an Toiletten und Bädern ergeben. Auch ist die Konzentration von sehr vielen Asylsuchenden an einem Ort ein großes Übel. Das soll unter der neuen Regierung mit den "Ankerzentren" sogar noch forciert werden. ("Anker" steht für: **A**nkunfts-, **E**ntscheidungs- und **R**ückführungseinrichtung.) Da sind alle Integrationsbemühungen schon gleich zum Scheitern verurteilt. Der erhoffte Effekt ist, dass Abschiebungen schneller bewerkstelligt werden können. Zu all dem kommt, dass die medizinische Versorgung der Asylsuchenden sich auf das Allernotwendigste beschränkt.

Sie sind ohne Arbeit: Gott sei es geklagt! Das untätige Herumsitzen und Warten ist etwas vom Schlimmsten (und ist doch menschengemacht). Offiziell dürfen die Asylsuchenden in Baden-Württemberg nach drei Monaten arbeiten, aber wer lange in der Landeserstaufnahme oder gar im Ankerzentrum verweilen muss, hat nichts von der Dreimonatsregel. Die Vorrangregelung (nachrangiger Arbeitsmarktzugang: Bevorzugung von deutschen Arbeitssuchenden, EU Arbeitssuchenden und arbeitssuchenden Flüchtlingen mit Anerkennung) ist bei uns zwar aufgehoben, aber ganz fatal wirkt sich die Koppelung von Identitätsnachweis und Beschäftigungserlaubnis / Arbeitserlaubnis aus. Nicht arbeiten dürfen macht krank. Viele Menschen zerbrechen daran. Dabei kann die Wirtschaft viele Tausende Stellen gar nicht besetzen, hätte also dringenden Bedarf an guten Arbeitskräften.

Sie müssen die deutsche Sprache erst lernen, gerade auch, wenn es um Ausbildung oder Arbeit geht. Das fällt vielen sehr schwer, weil sie häufig in ihrem Herkunftsland gar keine Schule besuchen konnten oder in dieser Hinsicht zu kurz gekommen sind und nicht gelernt haben zu lernen.

Sie müssen oft sehr lange warten, bis ihr Asylverfahren voran kommt: Diese langen Wartezeiten, von der ersten Anhörung bis zum Bescheid, über die eventuelle Klage dagegen und ein Gerichtsverfahren, und eventuell noch einen Folgeantrag, können sich über Jahre hinziehen. Für viele der Asylsuchenden die besten Jahre ihres Lebens, die sie hier in grotesker Sinnlosigkeit verlieren. Viele Asylanträge sind in den letzten Jahren liegen geblieben, weil man erst die der Balkanflüchtlinge bearbeitet hat, um möglichst schnell abschieben zu können. Und um der großen Zahl der AsylbewerberInnen mit ihren Anträgen (die sie übrigens oft erst gar nicht stellen konnten) dann 2016, 2017 doch gerecht zu werden, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) viel Personal eingestellt und die Abläufe der Bearbeitung durch Beratungsfirmen, wie sie in der freien Wirtschaft angemessen sein mögen, auf Hochdruck getrimmt, so dass ganz fehlerhafte und unzulängliche Entscheidungen produziert wurden, die die Verwaltungsgerichte, die damit von der Menge her ihrerseits überfordert sind, nun korrigieren müssen.

Sie erleiden zermürbende Langweile: Das ergibt sich aus den vorhergehenden Punkten zwar, sollte aber extra erwähnt werden, weil es für ihr Leben hier prägend ist.

Sie leben oft voller Angst: voller Angst, ob ihr Verfahren gut ausgeht, ob ihre Familie nachkommen darf, ob sie wohl anerkannt werden und bleiben dürfen, oder, wenn sie nur "geduldet" sind, ob nicht die Polizei kommt und sie womöglich des Nachts holt. Als besonders schlimm werden die Abschiebungen aus formellen Gründen (nach dem Dublin-Abkommen) empfunden, wobei es darum geht, die Flüchtlinge dahin zurück zu schicken, wo sie europäischen Boden zuerst betreten haben, zumeist Länder, die sich entweder nicht kümmern oder die Flüchtlinge besonders brutal behandeln.

ANMERKUNG: Die Ausführungen dieses Kapitels beziehen sich vorrangig auf die Erstunterbringung und die vorläufige Unterbringung. Die Anschlussunterbringung hat ihre eigenen Gesetze, weil die verschiedenen Kommunen, die da individuell verantwortlich sind (auch wenn das Landratsamt weiterhin in der Sozialfürsorge mitzureden hat), unterschiedliche Bedingungen schaffen und weil große Unterschiede zwischen den anerkannten Flüchtlingen und den Geduldeten herrschen. In diesem Zusammenhang ist es auch sinnvoll, zu erwähnen, dass es neuerdings eine Regelung gibt, die unter dem Begriff der "Wohnsitzauflage" daherkommt. Grob gesagt (es gibt viele Ausnahmen): In der Anschlussunterbringung haben die Asylsuchenden drei Jahre lang am selben Ort, in derselben Stadt zu bleiben, ehe sie freizügig sind. Angeblich soll damit Integration gefördert werden.

Was tun die Arbeitskreise?

- Die Flüchtlinge wollen und sollen an unserem Leben teilhaben, dann müssen wir versuchen, an ihrem Leben teilzuhaben. Das ist der Schlüssel. Wir müssen also in die Unterkünfte gehen!
- Wir beraten die Flüchtlinge in ihrem Asylverfahren, so gut wir können und soweit es legal ist. Das geht vom Coaching für die alles entscheidende erste Anhörung und die Begleitung zur Anhörung als Beistand über die Erläuterung von Bescheiden und Entscheidungen bis hin zu Tipps für Folgeantrag und Härtefall und zum Auszug aus der Unterkunft und was dann ansteht.
- Wir organisieren Deutschunterricht, und zwar für diejenigen, die nicht von den staatlichen Integrationskursen profitieren: Das sind die, die noch im Verfahren sind und nicht aus Her-

kunftsländern mit Bleibeperspektive kommen, und die, die nur geduldet sind. Zurzeit laufen solche Kurse in fast allen Arbeits- und Freundeskreisen im Landkreis, die sich in letzter Zeit gebildet haben. Seit der Neukonzeption des Flüchtlingsaufnahmegesetzes in Baden-Württemberg stehen für unsere Deutschkurse begrenzt auch Gelder vom Land zur Verfügung. Eine weitere Verbesserung ist in der Diskussion.

- Wir vermitteln den Beistand von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten gegen die oft sehr oberflächlich getroffenen Bescheide vom Bundesamt. Oft genug beteiligen wir uns an den Anwaltskosten.

- Bei allen möglichen Anlässen unterstützen wir einzelne Personen auch sonst finanziell, zum Beispiel wegen Fahrtkosten oder bei irgendwelchen Anschaffungen.

- Ganz zentral ist das Vermitteln und Begleiten – in unzähligen Situationen des Alltags. Stichworte hierzu: lokale Ausländerbehörden, Landratsamt, Gesundheitsamt, Ärztinnen und Ärzte aller Art, Klinikum, Kindergarten, Schule, Berufsschule, Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter, Ausbildung, potenzielle Arbeitgeber, städtische Ämter, Stadtbibliothek, Sportvereine. Wir füllen Formulare aus, übersetzen und dolmetschen, erklären detailliert, was die Behörden schreiben, machen Hausaufgabenbetreuung, helfen bei der Beschaffung von Mobiliar, von Fahrrädern, von Schultensilien usw. und helfen (bis zur eigenen Frustration) bei der Wohnungssuche.

- Die besonders Versierten unter den Ehrenamtlichen geben auch Hilfestellung, wenn es um Familiennachzug, um Ausbildung, um Arbeitsplatzbeschaffung geht.

- Wir pflegen Gemeinschaft mit Flüchtlingen – auch bei einer Bastelstunde, beim Kaffeetrinken, bei Ausflügen, bei Festen oder Feiern. Eine Ludwigsburger Spezialität ist die „Tour d'Asyl“, eine Radrundfahrt zu den einzelnen Unterkünften im Landkreis, jedes Jahr oder jedes zweite Jahr. Es gibt mehrere regelmäßige (wöchentliche) Treffpunkte, die dann Café International oder Asylcafé oder ähnlich heißen, wo Asylsuchende und Ehrenamtliche zusammenkommen. Für uns Ehrenamtliche können solche Treffen sehr anstrengend werden, weil sie in vielen Fällen zu Beratungsstunden ausarten und der Berater oder die Beraterin dann mit einem Paken Hausaufgaben in die nächste Woche startet.

- Wir machen Kinderbetreuung.
- Wir vermitteln auf Wunsch von hier lebenden Personen Kontakte zu Familien oder Einzelpersonen in den Unterkünften.
- Wir stehen in gutem Einvernehmen mit den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in den Unterkünften und immer wieder auch den Hausmeistern, die in den Unterkünften arbeiten, und pflegen diese Kontakte.
- Wir pflegen unsere Kontakte zu den Gemeinden- und Kreisbehörden und zu anderen sozialen Trägern. (Siehe dazu auch die Vorbemerkung.)
- Wir pflegen den Kontakt zu den großen Organisationen: dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg und Pro Asyl (die beide übrigens auf ihren Websites ausgezeichnete Informationen zur Flüchtlingsthematik anbieten), und zur Presse.
- Wir betätigen uns nach Kräften auch politisch. Wir haben dazu über das landkreisweite Ökumenische Forum Asyl eine eigene Aktionsgruppe mit dem Namen "Lobbyarbeit für Flüchtlinge" (LaF) ins Leben gerufen.
- Unter der Rubrik: "Aus unseren Sitzungen" veröffentlichen wir allgemein interessierende Ergebnisse unserer Treffen auf dieser Homepage.
- Über all das hinaus gibt es vieles, was sich in der individuellen Begegnung mit Asylsuchenden abspielt und nicht verallgemeinert werden kann.

Was haben wir davon?

Uns bereichert diese Arbeit. Es eröffnen sich uns Räume, von denen wir keine Ahnung hatten. Wir lernen Menschen kennen, die ganz weit weg waren und plötzlich Freunde sind. Uns erfüllt diese Arbeit mit Dankbarkeit und wir erfahren Dankbarkeit. Jeder von uns, jede von uns könnte von solchen Menschen und aus der Begegnung mit ihnen sehr speziell erzählen. Plötzlich gehören sie zu unserem eigenen Leben.

Wie erreichen Sie uns?

Sie erreichen uns über die Mitglieder des Leitungsteams:

Martha Albinger

Telefon: 015170901047

Email: albinger.m@caritas-ludwigsburg-waiblingen-enz.de

Silvia Maier-Lidle

Telefon: 07141-9542-903

Email: s.maier-lidle@kreisdiakonieverband-lb.de

Ulrich Essig-Haile

Telefon: 07141-460757

Email: uli-essig-haile@ak-asyl-ludwigsburg.de

Unsere Bankverbindung, wenn Sie eine Spende geben wollen.

Katholische Gesamtkirchengemeinde Ludwigsburg

Kontozusatz: Ökum. AK Asyl

IBAN: DE58 6045 0050 0030 1592 13

BIC: SOLADES1LBG

Unsere Adresse im Internet: www.ak-asyl-ludwigsburg.de

Sie sind herzlich willkommen, wenn Sie bei uns reinschnuppern oder mitarbeiten wollen.

Wir sind dankbar für jede Hilfe – auch mit nur geringem Zeitbudget.

Nithart Grützmacher mit Unterstützung von Silvia Maier-Lidle